

Bettina Engels

## Herausgefordert

### Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland

Friedens- und Konfliktforschung lässt sich als ein multidisziplinäres Projekt beschreiben, dem es um die wissenschaftliche Beschäftigung mit kollektiven Konflikten, ihren Ursachen und unterschiedlichen Ausprägungsformen (gewaltsam und gewaltfrei) sowie ihrer gesellschaftlichen und politischen Transformation geht. Als wissenschaftliches Feld entstand sie in den USA und wenig später in Europa, besonders in Skandinavien, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In Westdeutschland entwickelte sich die institutionelle Infrastruktur der Friedens- und Konfliktforschung ab den späten 60er Jahren. Eine Besonderheit bestand von Beginn an in der engen Verzahnung mit der politischen Praxis, und zwar mit der staatlichen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf der einen Seite und gleichermaßen mit der Friedensbewegung auf der anderen. Einige Beispiele: 1968 wurde die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK e.V.) als deutschsprachiger Fachverband gegründet, in dem sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, friedenspolitische Praktikerinnen und Praktiker, Aktivistinnen und Aktivisten der Friedensbewegung zusammenschlossen. In den ersten zwei Jahrzehnten des Bestehens des Verbands waren Basisinitiativen der Friedensbewegung, die in den 70er und 80er Jahren in Deutschland zahlreicher und aktiver waren als heute, vergleichsweise stark vertreten. Die Hessische Landesregierung rief 1970 die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) als selbstständige Stiftung des öffentlichen Rechts ins Leben, die heute Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft ist. Ein Jahr später folgte die Gründung des Instituts für Friedens- und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität

Hamburg. Sein erster Direktor war bis 1984 der Mitbegründer der Bundeswehr Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin. In Erinnerung an ihn schuf das Institut 1999 die Expertenkommission Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr, zusammengesetzt aus Bundeswehrangehörigen, Parlamentarierinnen und Parlamentariern, Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern, die seither »kritisch den Transformationsprozess der Bundeswehr« begleitet.

Wenig überraschend, war die Friedens- und Konfliktforschung in den ersten beiden Jahrzehnten vom Ost-West-Konflikt geprägt: Rüstungskontrolle, Abrüstung und Entspannungspolitik hießen die dominanten Themen.

#### *Neue Dynamik in den 90er Jahren*

Die Beschränkung auf Staaten, Regierungen, Armeen und militärische Bedrohung war – nach dem Ende der Blockkonfrontation – in den 90er Jahren nicht mehr zu halten, Akteure wie nichtstaatliche bewaffnete Gruppen und Nichtregierungsorganisationen sowie Themen wie Umwelt, Migration, kulturelle Identität, Armut und Ungleichheit rückten ins Blickfeld.

In der Friedens- und Konfliktforschung vergrößerte sich nicht nur das thematische Feld erheblich und differenzierte sich weiter aus, es wurden auch grundsätzliche Debatten, die in den 70er Jahren begonnen wurden, neu belebt. Gestritten wurde und wird um zentrale Begriffe wie Frieden und Gewalt: Ist Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg? Falls ja: Worin besteht dieses »Mehr«? Sollte sich der Gewaltbegriff auf direkte, physische Gewalt beschränken oder auch Hunger, Armut, Ungleichheit und die Zerstörung von Natur einbeziehen (strukturelle Gewalt)?

Diese Fragen wurden erneut aktuell, als sich die Friedens- und Konfliktforschung in den 90er Jahren verstärkt Umwelt- und Entwicklungsthemen zuwandte. Eine bis heute zentrale Kontroverse dreht sich um die normative Ausrichtung: Welche Rolle soll das Ziel, Gewalt zu vermeiden und Konflikte konstruktiv zu transformieren, spielen? Ist eine »wertneutrale« Forschung möglich und sinnvoll – oder soll und muss sich Friedens- und Konfliktforschung macht- und militärkritisch in politische Debatten einmischen? Welche Rolle spielt das Verhältnis zur friedenspolitischen Praxis, insbesondere zur Friedensbewegung? Inwieweit versteht sich Friedens- und Konfliktforschung als wissenschaftliches Projekt, für das der Bezug zur politischen Praxis und zu sozialen Bewegungen konstitutiv ist?

*Aufbruch unter  
Rot-Grün*

In Deutschland ging der Regierungswechsel 1998 mit einer erheblichen Dynamik in der friedenspolitischen und -wissenschaftlichen Landschaft einher: Mit Heidemarie Wiecek-Zeul als neuer Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fand der Zivile Friedensdienst (ZFD), für den sich ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher und parlamentarischer Akteure seit Anfang der 90er Jahre eingesetzt hatte, Unterstützung auf Regierungsebene. Innerhalb eines Jahres wurde der ZFD als ein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) finanziertes Programm etabliert, das von staatlichen und nichtstaatlichen entwicklungs- und friedenspolitischen Trägerorganisationen umgesetzt wird. In 10 Jahren wurden im Rahmen des ZFD insgesamt 583 geschulte Friedensfachkräfte in 50 Ländern eingesetzt. 2004 beschloss die damalige rot-grüne Bundesregierung aufbauend auf einem im Jahr 2000 vom Bundessicherheitsrat verabschiedeten Konzept den Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung«

als zentrales politisches Strategiepapier, in dem Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung zur ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe – nicht nur der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik – erklärt wurden. Der Aktionsplan würdigt ausdrücklich den Beitrag zivilgesellschaftlicher Akteure in der Friedenspolitik. Sowohl der Zivile Friedensdienst als auch der Aktionsplan sind nach wie vor als friedenspolitisches Instrument bzw. Referenzdokument zentral.

Von herausragender Bedeutung für die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland war die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) im Oktober 2000 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Die Stiftung entwickelte sich schnell zur zentralen Einrichtung der Forschungsförderung in diesem Bereich, die Forschungsprojekte sowie wissenschaftliche Veranstaltungen finanziert und initiiert und sich im Bereich der Nachwuchsförderung engagiert. Sie zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass Vertreterinnen und Vertreter aus Regierung und Ministerien in ihrem zentralen Gremium, dem Stiftungsrat, beteiligt sind. Die DSF bzw. die von ihr geförderten Vorhaben arbeiten auch vielfach mit zivilgesellschaftlichen entwicklungs- und friedenspolitischen Akteuren zusammen. Die Stiftung leistete auch einen Beitrag dazu, dass in den 2000er Jahren an einer Reihe von Universitäten in Deutschland Masterstudiengänge im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung entstanden.

Im Zuge des Bologna-Prozesses wurden u.a. – mit dem Ziel der Profilbildung der jeweiligen Institute – zahlreiche spezialisierte Studiengänge, vor allem im Masterbereich, entwickelt. Auf diese Weise entstand auch in Deutschland ein Studienangebot im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, die zuvor allenfalls Teilbereich des fachdisziplinären Studiums (vor allem der Politikwissenschaft) oder Magister-Nebenfach (beispielsweise an der Uni-

versität Marburg) war. Bis in die 2000er Jahre hinein musste, wer einen Studienabschluss in Friedens- und Konfliktforschung erlangen wollte, im Ausland studieren. Heute bieten acht Universitäten in Deutschland entsprechende Masterprogramme an, die auf große Nachfrage seitens der Studierenden treffen. Ein Master »Friedens- und Konfliktforschung« wird in Magdeburg und Marburg angeboten, letzterer auch als deutsch-britischer Kombi-Studiengang »Peace and Conflict Studies« mit der Universität Kent. Die Programme in Frankfurt/Main und Tübingen verorten sich an der Schnittstelle von Internationaler Politik und Friedens- und Konfliktforschung, in Duisburg zwischen Internationalen Beziehungen und Entwicklungspolitik. In Augsburg können Studierende einen Master »Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung« erwerben, in Konstanz »Internationale Verwaltung und Konfliktmanagement«. Das Hamburger IFSH bietet einen »Master of Peace and Security Studies« an.

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland etabliert und professionalisiert. Das

### *Professionalisiert und etabliert*

Forschungsfeld hat sich ausdifferenziert, und im Bereich der zivilen Friedenspolitik und -arbeit ist ein anspruchsvolles Berufsfeld entstanden, auf das sich Studierende und Hochschulabsolventinnen und -absolventen im Rahmen spezialisierter Studienangebote sowie postgraduiertes und berufsbegleitendes Weiterbildungen vorbereiten. Auch die Friedens- und Konfliktforschung als wissenschaftliches Projekt hat sich weiter professionalisiert. An einigen Hochschulen sind neue Lehrstühle entstanden bzw. ist Friedens- und Konfliktforschung als Schwer-

punkt in die Denomination vorhandener Professuren aufgenommen worden. Die AFK ist bestrebt, sich als zentraler wissenschaftlicher Fachverband zu etablieren, und hat dazu unter anderem die »Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung« geschaffen, die seit 2011 halbjährlich erscheint.

Gegenwärtig steht die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland vor zwei Herausforderungen. Zum einen geht es wissenschaftspolitisch darum, den Status Quo des Forschungsfelds zu sichern und auszubauen – und dies bei einer klaren friedenspolitischen Ausrichtung. Förderpolitisch wäre ein wichtiger Schritt hierzu die Stärkung der DSF. Zum anderen muss es der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung gelingen, sich als wissenschaftliches Feld mit entsprechenden Forschungsprojekten, Publikationen und der Etablierung im akademischen Betrieb weiter zu professionalisieren, sich gleichzeitig aber (wieder) stärker friedenspolitisch rückzubinden – und zwar nicht nur an staatliche Institutionen, sondern vor allem auch an die Zivilgesellschaft und Friedensbewegung. Auch Letztere könnte davon profitieren, wenn der Austausch wieder intensiver würde. Denn neue Ideen, Projekte und Kontroversen könnten auch der Friedensbewegung in Deutschland zu neuem Schwung verhelfen.

Der Forschung hilft die Rückbindung an Zivilgesellschaft und Friedensbewegung auch, ihre Breite an thematischen und (erkenntnis-)theoretischen Fragestellungen zu bewahren. Denn Friedens- und Konfliktforschung sollte sich nicht auf die Forschung zu militärischer und »ziviler Sicherheit« reduzieren lassen – auch nicht aufgrund (drittmittel-)strategischer Opportunitäten.



#### **Bettina Engels**

ist Politikwissenschaftlerin u.a. mit dem Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung und vertritt derzeit die Juniorprofessur für Entwicklungspolitik und Politik Afrikas an der Universität Bayreuth.

*bettina.engels@uni-bayreuth.de*